LI-Paper

Vom ökologischen Schaden der Politik

TIMO RAGER* • Dezember 2009

Der Glaube an die Problemlösungskompetenz der Politik ist ungebrochen. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die angeblich drohende Klimakatastrophe und anderes ökologische Ungemach. Alle Hoffnung richtet sich auf staatliche Verbote, Lenkungsabgaben und Förderprogramme. Doch lassen sich diese Erwartungen rechtfertigen?

Sozialstaat gegen Umweltschutz

Der weitaus grösste (und wohl am meisten befürwortete) Teil staatlicher Ausgaben, Umverteilungsprogramme und Vorschriften wird sozialpolitisch begründet. Fast jede dieser Massnahmen zielt letztlich darauf ab, die Konsummöglichkeiten über das normale Mass hinaus zu steigern. Kein Konsum lässt die Natur jedoch unberührt, und so ist leicht einzusehen, dass weite Teile der Politik im direkten Widerspruch zu Umweltschutz-Zielen stehen.

Das eigentlich verheerende daran ist, dass mit der so erzielten Konsumsteigerung keinerlei vergleichbarer Wohlstandsgewinn verbunden ist. Dinge werden deshalb verbraucht, weil sie für den einzelnen billig oder gar kostenlos geworden sind, selten jedoch, weil sie ein drängendes Bedürfnis befriedigen. Darüber hinaus schleust diese Politik Ressourcen in die Produktion und den Konsum von heute, anstatt sie in bessere Produkte und effizientere Verfahren für morgen zu investieren.

Besonders offenkundig wird diese Widersprüchlichkeit bei der Abwrackprämie, die mehrere Regierungen als Teil ihres Konjunkturprogramms beschlossen haben: Um Arbeitsplätze in der Automobilindustrie zu sichern, wurde finanziell belohnt, wer sein altes, fahrtüchtiges Auto verschrotten liess und durch ein neues ersetzte. Der Nutzen für die Autokäufer war offensichtlich zu gering, als dass sie den Kauf bereits zu natürlichen Marktpreisen getätigt hätten. In anderen Bereichen (etwa beim Gebrauchtwagenhandel oder bei den Reparaturwerkstätten) drohen gar finanzielle Einbussen. Ein ökologischer Gewinn ist durch die vorzeitige Vernichtung aufwendig hergestellter Autos erst recht nicht zu erwarten. Selbst wenn man die Betrachtung unzulässigerweise auf den Benzinverbrauch beschränkt, wird die Rechnung für die Umwelt bestenfalls neutral ausfallen, denn die zusätzlichen

* Der Autor ist Chemiker und hat unter anderem am Paul Scherrer Institut mehrere Jahre in der Energieforschung gearbeitet.

neuen Autos von heute werden umso später durch die nächste Generation von noch sparsameren Fahrzeugen ersetzt werden. Bezeichnenderweise war dennoch offiziell von einer „Umweltprämie“ die Rede.

Ganz ähnlich verhält es sich, wenn staatlich subventionierte Bahnabonnemente lange Arbeitswege fördern, Hilfen für Randregionen und die Landwirtschaft den Siedlungsraum ausweiten oder Obergrenzen beim Strompreis den Einsparwillen schwächen: Das gemeinsame Prinzip heisst Verschwendung – mit einer Fülle umweltschädlicher Konsequenzen.

Energie- und Umweltpolitik

Bereits die Tatsache, dass sich ein erheblicher Teil staatlicher Umweltschutzmassnahmen erst durch die schädlichen Folgen anderer Staatseingriffe aufdrängt, lässt an der Logik der Massnahmen zweifeln. Doch die Irrationalität der Umweltpolitik geht erheblich weiter.

Am Beginn vieler Umweltschutzmassnahmen stehen Grenzwerte. Solch zahlenmässige Festlegungen (etwa für den maximal zulässigen globalen Temperaturanstieg oder den Marktanteil von PET-Flaschen) sind öffentlichkeitswirksam und geben das Gefühl von Orientierung und Sicherheit. Zugleich aber werden sie durch ihre Beschränkung auf eine einzige Grösse der komplexen Wirklichkeit nur selten gerecht. Grenzwerte berücksichtigen darüber hinaus das Verhältnis von Aufwand und Nutzen nur ungenügend. Falsche Prioritätensetzungen sind damit vorprogrammiert.

Um die Einhaltung der Grenzwerte durchzusetzen, wird unerwünschtes Verhalten mit Verboten oder Abgaben belegt. Die naheliegende Reaktion der Betroffenen wird darauf ausgerichtet sein, die persönlichen Nachteile möglichst gering zu halten. Jede Massnahme, die die Kosten unter das neue, künstlich angehobene Niveau zu senken vermag, ist in dieser Hinsicht attraktiv. Die möglichen Antworten auf den staatlichen Zwang werden neben Bestechung und Betrug immer auch Lösungen umfassen, die zwar legal sind, aber dennoch kontraproduktiv, weil sie zusätzliche Umweltbelastungen in anderen, (noch) nicht regulierten Bereichen hervorrufen. Als Beispiel diene die Inkaufnahme längerer Transportwege, um weniger strenge Regeln in anderen Ländern nutzen zu können.

Das andere grosse Betätigungsfeld der Umweltpolitik sind Unterstützungsmassnahmen für Prozesse oder Produkte, die als wünschenswert gelten. Dies betrifft etwa die Förderung erneuerbarer Energien. Vor einigen Jahrzehnten war die Kernenergie der grosse Hoffnungsträger; sie wurde nicht zuletzt von Parteien unterstützt, die dieser Technik heute äusserst ablehnend gegenüberstehen. Die Frage drängt sich auf, warum Ähnliches den erneuerbaren Energien nicht widerfahren sollte. Der positiv besetzte Begriff „erneuerbar“ ist jedenfalls keine Garantie für dauerhafte Akzeptanz, und manche Probleme rufen bereits heute Widerstand hervor. Beispielhaft genannt seien die Zerstörung von Flusslandschaften durch Stauseen, Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes,

Schattenwurf und tote Vögel durch Windkraftanlagen, Kühlwasserbedarf von thermischen Solaranlagen in Trockengebieten oder die Konkurrenzierung der Nahrungsmittelproduktion durch Biotreibstoffe.

Vor allem aber gilt es zu bedenken, dass eine Förderung nur deshalb erforderlich ist, weil die meisten erneuerbaren Energien bisher finanziell unattraktiv sind. Deren hohe Kosten kommen jedoch nicht von ungefähr. Sie sind ein klares Indiz dafür, dass ihre Bereitstellung umfangreiche Ressourcen beansprucht. Der Rückgriff auf so ziemlich jede Ressource ist aber mit Umweltbelastungen verbunden. Was ökonomisch uninteressant ist, wird daher mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Umwelt nicht freuen. Oder anders ausgedrückt: Marktpreise enthalten nicht zuletzt ökologische Information und dürften in dieser Hinsicht oftmals aussagekräftiger sein als ihre bürokratische Variante der Ökobilanzen. Förderprogramme können die Ursachen der hohen Kosten nicht beseitigen. Sie verschleiern jedoch die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen – auch in ökologischer Hinsicht. Staatliche Eingriffe haben also auch im Umweltbereich vor allem eine Konsequenz: Verschwendung.

Staatliche Forschungsprogramme

Die Überzeugung ist weit verbreitet, dass beispielsweise der Erfolg erneuerbarer Energien allein von der Bereitschaft abhängt, entsprechende Forschungsaktivitäten zu finanzieren. Je mehr Geld bereitstehe, umso schneller werde man die gewünschten Fortschritte erzielen.

Auch diese Hoffnung scheint fragwürdig. Sie verkennt in erheblichem Masse die Anreizstrukturen im realexistierenden staatlichen Wissenschaftsbetrieb. Wissenschaftler und ihre Institutionen möchten Geld verdienen. Es ist daher attraktiv für sie, sich dort zu betätigen, wo die öffentlichen Gelder besonders reichlich sprudeln. Schwerpunktsetzungen werden folglich viele neue Forschungsprojekte stimulieren, doch eine qualitative Verbesserung der Forschungstätigkeit garantiert dies nicht. Des Weiteren drängt es sich auf, die eigene Arbeit in Bezug auf die politisch bevorzugten Themen möglichst vorteilhaft darzustellen. Manche Forschungseinrichtung hat sich vor diesem Hintergrund bereits in eine eigentliche Werbeagentur verwandelt, und selbst die Falschdarstellung wissenschaftlicher Resultate wird gelegentlich als legitimes Mittel angesehen, um die Finanzierung zu sichern. Von weitaus geringerem Interesse – ja geradezu kontraproduktiv – ist es hingegen, zielstrebig auf praxistaugliche Lösungen hinzuarbeiten. Denn spätestens mit dem Ende des Forschungsbedarfs würden auch die staatlichen Gelder versiegen. Ohnehin lässt sich wissenschaftliche Reputation sehr viel eher durch technisch anspruchsvolle Experimente als durch wirtschaftlich nutzbare Ergebnisse erzielen. Letztere sind auch deshalb (und durchaus zu Recht) kein vorrangiges Ziel der akademischen Forschung.

Zusätzlich gebremst wird der Fortschritt dadurch, dass – politisch geforderte und geförderte – Forschungskooperationen und andere Abhängigkeiten einen

echten Wettbewerb um die besseren Lösungen weitgehend unterbinden. Einzelgänger und Querdenker haben im heutigen staatlichen Wissenschaftssystem kaum mehr eine Chance. Es bestehen monopolähnliche Strukturen, die so gut wie keine Korrekturmechanismen bei Fehlentwicklungen kennen. Selbst wenn man den leitenden Personen keinen bösen Willen unterstellt, so wird die Vorliebe für die eigenen Ideen doch unweigerlich dazu führen, dass Alternativen ungenügend berücksichtigt werden.

Staatliche Forschungsprogramme sind aber nicht nur weitgehend wirkungslos, sie sind darüber hinaus schädlich. Einerseits nehmen sie der Industrie einen Teil des Ansporns, eigene Forschung zu betreiben. Zum andern wird durch die Fokussierung auf das Naheliegende und Populäre die Erforschung grundlegenderer Zusammenhänge vernachlässigt, deren Nutzen sich heute noch gar nicht abschätzen lässt. Ein effizienter Mitteleinsatz ist auch dies nicht.

Mehr Umweltschutz durch weniger Staat

Staatliches Handeln mag gelegentlich auch sinnvolle Lösungen hervorbringen. Es wäre jedoch gänzlich verfehlt, dies mit irgendeiner Regelmässigkeit zu erwarten. Erst recht nicht wird sich der Leistungsausweis des Staates durch zusätzliche Kompetenzen verbessern lassen. In letzter Konsequenz entspräche solch eine Ausweitung staatlicher Befugnisse der Forderung nach einer (Öko-)Diktatur. Doch die Geschichte hat hinreichend bewiesen, dass diktatorische Systeme ganz besonders umweltzerstörend sind.

Die Defizite staatlichen Handelns sind grundlegender Natur: Regierungen leiden – selbst wenn es sich um eine Herrschaft der Weisen handelte – immer unter einem erheblichen Wissensdefizit. Andererseits gibt es eine Vielzahl gegensätzlicher Interessen, die nach einer Kompromisslösung verlangen. Politikern fehlt jedoch ein objektives Kriterium für den optimalen Ausgleich dieser Interessen. Überreaktionen in die eine oder andere Richtung sind unvermeidlich.

Damit sollte offensichtlich sein: Staatliches Nicht-Handeln wäre oft der beste Umweltschutz. Dies betrifft vielfältige Aktivitäten mit sozialpolitischem Hintergrund, die eigentliche Umweltpolitik sowie die thematische Einmischung in die Forschung. Ein Verzicht auf staatliche Eingriffe ist dabei keinesfalls gleichbedeutend mit Tatenlosigkeit oder gar Resignation. Vielmehr würde gerade ein Rückzug des Staates den nötigen Freiraum schaffen für individuelle, auch unerwartete und möglicherweise viel effizientere Lösungen. Es war schon immer die ureigenste Kompetenz des freien Marktes (und nicht der Staatsbürokratie), grenzenlose Bedürfnisse mit begrenzten Mitteln möglichst gut zu befriedigen. Genau dies muss auch das Anliegen eines glaubwürdigen Umweltschutzes sein.

LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Seefeldstrasse 24
8008 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2009, Liberales Institut.